

Zwönichtaler Anzeiger

Ercheint wöchentlich viermal, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag.—Bezugspreis: Durch unsere Träger monatlich 90 Pfg. frei ins Haus, durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.40. Druck u. Verlag: Buchdruckerei C. Bernhart, Zwönitz. Inhaber u. verantw. Schriftf.: Carl Bernhart, Zwönitz. Geschäftsstelle: Zwönitz, Kühnhaidestr. 73B/74. Fernspr. Nr. 23. Postsch. 4814 Leipzig.

Amts-Blatt

für das königliche Amtsgericht und die städtischen Behörden zu Zwönitz

Anzeigen: Die sechsgepaltene (43 mm) Kleinzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Familienanz., Sammelanz., tabellar. Satz u. auswärt. Anz. 30 Pfg. die Zeile, die dreigeipalt. Zeile im Neblamet. 70 Pfg., im amtl. Zeile 60 Pfg. Mindestspr. einer Anz. 1 M. Bei Wiederholungen Preisermäß. nach Vereinbarung. Bei Anzeigen, Vergleichen und Zielüberfreitung fällt jede auf Anzeigen gewährte Preisermäßigung weg.

Anzeiger für Zwönitz, Niederzwönitz, Kühnhaide, Penkersdorf, Dorschemnitz, Günsdorf und andere Ortschaften im Zwönitztale

Nr. 164.

Sonntag, den 27. Oktober 1918.

43. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden bei dem unterzeichneten Amtsgericht
Freitag, den 1. und Sonnabend, den 2. November 1918
nur ganz dringliche Geschäfte erledigt.
Königliches Amtsgericht Zwönitz,
den 25. Oktober 1918.

Städtische Sparkasse Zwönitz.

Öffnet 8—1 und 3—6 Uhr; Sonnabend durchgehend 8—3 Uhr
Tägliche Verzinsung der Einlagen.

Nr. 30.

4. Fleischlose Woche.

Als Ersatz für das entfallende Fleisch wird an die zum Bezuge von Fleisch berechtigten Bevölkerung nieder Mehl gegen von den Ortsbehörden noch zu ver- ausgabende Sondermarken, die am 3. November 1918 ihre Gültigkeit verlieren, bei den Bäckern und Händlern ab- gegeben.

Es erhalten

- a) Kinder unter 6 Jahren 90 g Mehl u.
- b) Personen über 6 Jahre 185 g Mehl.

Künftig erfolgt die Abgabe von Mehl als Fleischersatz auf den für die betreffende fleischlose Woche geltenden Abschnitt der Reichsfleischkarten. Diese Abschnitte sind deshalb stets sorgfältig aufzubewahren.

Stollberg, den 23. Oktober 1918.

Der Kommunalverband.

Wegen des starken Auftretens der Grippe ordnet die Kgl. Amtshauptmannschaft im Einvernehmen mit dem Herrn königlichen Bezirksarzte folgendes an:

Von Sonnabend, den 26. Oktober 1918 ab wird bis zur Aufhebung dieser Polizeiverordnung jede Veranstaltung von Zusammenkünften und Versammlungen in öffentlichen Räumen, mit Ausnahme der Gottesdienste, untersagt. Es sind also insbesondere verboten: Gärten und weltliche Musikaufführungen, Theaterabende, Vereinsveranstaltungen, Ausstellungen, kinematographische Vorstellungen, Panoramas, Tanzstunden usw.

Jede Zuwiderhandlung wird, soweit nicht noch strengere Strafbestimmungen einschlagen, mit Geldstrafe bis zu 50 M. oder entsprechender Haft bestraft.

Gleichzeitig wird bemerkt, daß Ausnahmegewilligungen der Folgen halber nicht erteilt werden.

Königliche Amtshauptmannschaft Stollberg,
am 24. Oktober 1918.

Die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft sind dem Amtsblatte dieser Behörde entnommen.

Vom Weltkrieg.

Der König hat die Rücktrittsgesuche der Staatsminister D. Dr. Beck und v. Seydewitz angenommen und beide durch Handschreiben geehrt.

Der Reichstag hat in erster und zweiter Lesung die Vorlagen zur Verfassungsänderung angenommen und mit 193 gegen 52 Stimmen dem Reichskanzler das Vertrauen ausgesprochen.

Im Befinden des Reichskanzlers ist eine wesentliche Besserung eingetreten.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg ruft in einem Telegramm an den Reichskanzler das deutsche Volk gegen demütigende Bedingungen des Feindes auf.

Die neue Note Wilsons fand im amerikanischen Senatsauschuß einstimmige Zustimmung.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg und der Erste Generalquartiermeister v. Ludendorff sind in Berlin eingetroffen.

In später Abendstunde trat Donnerstag abend in Berlin ein Kronrat zusammen, der sich mit der Antworts- note Wilsons beschäftigte.

Wie verlautet, ist Graf Karolyi zum Ministerpräsi- denten in Ungarn ernannt, Graf Julius Andrássy zum Minister des Außen.

Wilson's neue Antwortnote.

Der Wortlaut der Note.

Die Antwort des Präsidenten Wilson auf die deutsche Note ist bereits am Mittwoch in Washington dem Schweizer Gesandten zur Uebersmittlung nach Berlin übergeben worden. Der Text ist gleichzeitig in Amerika veröffentlicht und durch Funkpruch und Kabel weitergegeben worden. Der Wortlaut ist folgender:

W. Washington, 23. Okt. Der Staatssekretär gibt folgendes bekannt: Vom Staatssekretär ist an den Gesandten der Schweiz, der zeitweilig mit der Wahr- nehmung der deutschen Interessen in den Vereinigten Staaten beauftragt ist, nachstehende Mitteilung gerichtet worden:

Staatsdepartement, 23. Okt. 1918.

Mein Herr!

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Note vom 23. d. M. zu bestätigen, mit der Sie eine Mitteilung der deutschen Regierung vom 20. d. M. übermittelten. Der Präsident hat mich mit der folgenden Antwort beauftragt:

Nachdem der Präsident der Vereinigten Staaten die feierliche und ausdrückliche Versicherung der deutschen Regierung erhalten hat, daß sie die Friedensbedingungen in seiner Ansprache an den Kongreß der Vereinigten Staaten vom 8. Januar 1918 und die Grundlegung der Friedens- ordnung in meinen späteren Ansprachen, insbesondere der vom 27. September, rückhaltlos annimmt, und daß sie in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten wünscht, fern, daß dieser Wunsch und Zweck nicht von denen ausgehe, die bisher die deutsche Politik diktiert und den gegenwärtigen Krieg für Deutschland ge- führt haben, sondern von Ministern, die für die Reichs- tagsmehrheit und die überwältigende Mehrheit des deut- schen Volkes sprechen, und nachdem er ebenfalls das aus- drückliche Versprechen der gegenwärtigen deutschen Re- gierung erhalten hat, daß die deutschen Land- und Seestreit- kräfte die Gesetze der Menschlichkeit und einer zivilisierten Kriegsführung beobachten werden, glaubt der Präsident der Vereinigten Staaten es nicht ablehnen zu können, mit den Vereinigten Staaten, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten verbündet ist, die Frage eines Waffenstillstandes aufzunehmen. Er hält es aber für seine Pflicht, zu wie- derholen, daß der einzige Waffenstillstand, den er sich be- rechtigt fühlen würde, der Ermöglichung zu unterbreiten, nur ein solcher sein könnte, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbundenen Mächte in der Lage belasse, jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen. Der Präsident hat deshalb seinen Notenwechsel mit den gegenwärtigen deutschen leitenden Stellen den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht verbunden ist, über- mittelt mit dem Anheften, falls diese Regierungen ge- neigt sind, den Frieden zu den angegebenen Bedingungen und Grundfäden herbeizuführen, ihre militärischen Rat- geber und die der Vereinigten Staaten zu ersuchen, den gegen Deutschland verbundenen Regierungen die nötigen Bedingungen eines Waffenstillstandes zu unterbreiten, der die Interessen der beteiligten Völker in gleichem Maße

wahrt und den verbündeten Regierungen die unbeschränkte Macht sichert, die Einzelheiten des von der deutschen Re- gierung angenommenen Friedens zu gewährleisten und zu erzwingen, wofür sie einen solchen Waffenstillstand vom militärischen Standpunkte für möglich halten. Sollten solche Waffenstillstandsverhandlungen vorgeschlagen werden, so wird ihre Annahme durch Deutschland den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Grundbe- dingungen und Grundfäden der ganzen Friedensaktion un- zweideutig annimmt.

Der Präsident würde der Anfrichtigkeit nicht zu ge- nügen glauben, wenn er nicht so freimütig wie möglich den Grund dafür angäbe, daß außerordentliche Sicher- heiten verlangt werden müssen. So bedeutungsvoll und wichtig auch die Verfassungsänderungen zu sein scheinen, von denen der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen Amtes in seiner Note vom 20. Oktober spricht, so geht daraus doch nicht hervor, daß der Grundfaden einer dem deutschen Volke verantwortlichen Regierung bereits völlig durchgeführt ist oder daß irgendwelche Bürgschaften dafür vorhanden sind oder erwogen werden, daß die jetzt teil- weise vereinbarte grundsätzliche und praktische Reform von Dauer sein wird. Auch hat es nicht den Anschein, als ob der Kernpunkt der gegenwärtigen Schwierigkeit er- reicht ist. Künftige Kriege sind jetzt vielleicht der Ent- scheidung des deutschen Volkes unterworfen, nicht aber der gegenwärtigen, und mit dem gegenwärtigen haben wir es gerade zu tun. Es liegt auf der Hand, daß das deutsche Volk keine Mittel hat, die Unterwerfung der Militärs- behörden des Reiches unter den Volkswillen zu erzwingen, daß der beherrschende Einfluß des Königs von Preußen auf die Reichspolitik ungeschwächt ist, daß die entscheidende Initiative noch immer bei denen liegt, die bis jetzt die Herren von Deutschland gewesen sind. In der Ueberzeugung, daß der ganze Weltfriede jetzt von offener Sprache und geradem Handeln abhängt, hält es der Präsident für seine Pflicht, ohne alle Verhüte, das, was schroff klingt, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen in die Worte derjenigen setzen und setzen können, die bisher die Herren der deutschen Politik ge- wesen sind, und zu wiederholen, daß beim Friedensschluß und bei dem Einvernehmen, die unendlichen Gewalttaten und Ungerechtigkeiten dieses Krieges wieder gutzumachen, die Vereinigten Staaten einzig und allein mit den echten Vertretern des deutschen Volkes verhandeln können, die als wirkliche Beherrscher Deutschlands eine wahre ver- fassungsmäßige Stellung zugesichert erhalten haben. Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Be- herrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Uebergabe verlangen. Es kann nichts dadurch gewonnen werden, daß diese grund- legenden Dinge unausgesprochen bleiben.

Empfangen Sie, mein Herr, die erneute Versicherung meiner Hochachtung. (gez.) Robert Lansing.

In einer Rede in London sprach sich Balfour gegen die Rückgabe der Kolonien an Deutschland aus.

Blättermeldungen zufolge werden die Alliierten noch in dieser Woche die Beratungen über den Waffen- stillstand aufnehmen.

Das neue amerikanische Schiffsbauprogramm sieht den Bau von insgesamt 156 Schiffen mit einem Kostenaufwand von 600 Millionen Dollars vor.

Die japanische Regierung erhebt in einer Rundgebung Anspruch auf die deutschen Südsee-Kolonien.

In Flandern wurden feindliche Angriffe zwischen Ys und Schelde abgewiesen. Zwischen Schelde und Duse heute keine größeren Kämpfe. Französische Angriffe auf etwa 50 Kilometer breiter Front von der Duse bis zur Aisne mit dem Hauptstoß zwischen Duse und Serre und westlich der Aisne sind gescheitert. Ostlich der Aisne und beiderseits der Maas Teilgefechte.

An der Morawa drangen deutsche Truppen in die feindliche Stellung ein.

In Wilna ist es anläßlich eines von den Polen ver- anstalteten Umzuges zu Unruhen gekommen.

Die englische Regierung hat die nationale polnische Armee als selbständige alliierte und kriegführende Macht anerkannt.

In Holland eingetroffene Flüchtlinge aus Douai und Cambrai loben die gute Behandlung, die ihnen durch die Deutschen auf ihrer dreiwöchigen Flucht zuteil ge- worden ist.

—*

Der amtliche Tagesbericht.

Amtliche Meldung.

Großes Hauptquartier, 25. Okt. 1918.

Westlicher Kriegshauptplatz.
Secresgruppe Kronprinz Rupprecht
In Flandern dauern die Kämpfe in der Lys-Nie- derung an. Der Feind, der in den Südwestteil von Deinze eindrang, wurde im Gegenstoß wieder zurückge- worfen. Südwestlich von Deinze nahmen wir Teile des von Franzosen über die Lys vorgeschobenen Bräden- kopfes. Ostlich von Bijpe Sint Eloui schlugen wir

einen stärkeren Angriff zwischen der Lys und Schelde und an der Schelde Teilvorstöße des Gegners zurück. Die Zerstörung der Ortschaften in der Scheldenebene durch den Gegner schreitet fort. Auch das Stadttinnere von Tournai lag unter englischem Feuer. Die Abwanderung der Bevölkerung aus diesen Gebieten nach Osten nimmt zu. Westlich von Solesmes und Le Cateau setzte der Engländer seine großen Angriffe fort und dehnte sie nach Norden bis an die Schelde aus. Südlich der Schelde sind sie vor unseren Linien auf den Höhen östlich des Caillon-Baches gescheitert. Die gegen Le Quesnoy gerichteten Angriffe drangen bis zur Bahn nordwestlich und westlich von Le Quesnoy vor. Versuche des Feindes, westlich an Le Quesnoy vorbei in nördlicher Richtung durchzustossen, scheiterten an dem Eingreifen unserer (von Sepmerie und Willers Pol aus angeführten) Truppen. Der in breiter Front gegen den Wald von Morval anstürmende Feind konnte in Poix du Nord und in Fontaine-au-Bois Fuß fassen. Im übrigen wurde er westlich der Straße Englefontaine-Andrecies nach heftigem Kampf zum Stehen gebracht. Die gestrigen Angriffe haben dem Feinde im ganzen einen Geländegewinn von 800 bis 1000 Meter Tiefe gebracht. Größere Erfolge blieben ihm trotz seines außerordentlichen Kräfteeinsatzes auch gestern verweigert.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.
An der Dije, zwischen Dije und Serre und westlich der Wisne zeitweilig Artilleriekampf. An der Dije scheiterten Teilvorstöße des Gegners. Zwischen Dije und Serre wurden stärkere Angriffe der Franzosen abgewiesen. Wo der Feind in unsere Linien einbrang, warfen wir ihn im Gegenstoß wieder zurück. In den Abschnitten beiderseits Bouziers ließ die Gefechtsstärke nach. Die Höhe östlich von Chetres wurde von bayrischer und württembergischer Besatzung gegen erneute heftige Angriffe des Feindes behauptet.

Seeresgruppe Gallwitz.
Teilangriffe der Amerikaner auf beiden Maasuferten wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.
Feindliche Angriffe beiderseits der Morawa. Westlich des Flusses drängten sie uns in dem Gebirge südlich von Kragnjewac etwas zurück. Westlich des Flusses in Gegend von Parecin wurden sie abgewiesen.

Der erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Reichskanzler Prinz Max von Baden über die Kriegsanleihe:

Die neunte Kriegsanleihe muß den ungebrochenen Selbsterhaltungswillen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Max Prinz v. Baden

Eine Erklärung über Wilsons Programm

Die gestern an die Regierung gestellte Frage, ob sie die Grundsätze Wilsons ehrlich auszuführen beabsichtige, beantwortete Staatssekretär Solf am Donnerstag im Reichstag damit, daß die Regierung jeden Zweifel an dieser Absicht auf das entschiedenste zurückweise. Bezüglich Elsaß-Lothringens und Polens ist ohne weiteres klar, daß wir, da diese Landesteile unter den 14 Wilsonschen Punkten ausdrücklich aufgeführt sind, mit der Regelung beider Fragen auf den Friedensverhandlungen uns einverstanden erklären, wie wir denn auch das Wilsonsche Programm nach allen Richtungen, in allen Punkten loyal erfüllen wollen. Der Rechtsauffassung des Abg. Hansen, daß wegen der nordschleswigischen Landesteile aus dem Prager Frieden ein positiver Rechtsanspruch auf eine Volksabstimmung bestehe, muß die Regierung als irrtümlich entgegengetreten. Der Prager Frieden schuf nach geltendem Völkerrecht Ansprüche lediglich zwischen den Vertragsteilen, die durch die Vereinbarung von 1878 aufgehoben sind. Den Polen gegenüber möchte ich sagen, daß das Programm des Präsidenten Wilson offen und ehrlich durchgeführt werden wird. Wenn der polnische Redner Danzig, eine Stadt mit 2 Prozent polnischer Bevölkerung, beansprucht, so steht dies in einem schreienden Widerspruch mit den Grundsätzen des Präsidenten Wilson. Durch das Blut unserer Soldaten haben die Polen die Plattform für die jetzige Lage erhalten. (Zwischenruf des Abg. Korfanty: Geplündert haben sie! — Großer Lärm. — Abg. Dr. Werner ruft: Lump! — Abg. Lewinski stürzt sich drohend auf den Abg. Dr. Werner. Beide werden von anderen Abgeordneten auseinandergebracht. — Abg. Korfanty wird zur Ordnung gerufen. — Andauernd große Unruhe.) Das demokratische Deutschland hat den ersten, ehrlichen Willen, mit den Polen in dauerndem freundschaftlichem Verhältnis zu leben. Dieses Ziel muß von beiden Seiten angestrebt werden. (Lebhafter Beifall.)

Englische Bedingungen.

Rotterdam, 23. Okt. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ weist auf die lange dauernden Konferenzen hin, die das englische Kriegskabinett gestern und Montag abgehalten habe. Die von Montag sechse sechs Stunden gedauert zu haben. Es scheint, daß England es für nötig halte, die Auslieferung der U-Boote als eine der Bedingungen für einen Waffenstillstand zu nennen.



Zur Umgestaltung in Oesterreich.

Die alte Habsburger Monarchie ist in Umbildung in einen Staatenbund begriffen, deren Vorbereitungen unmittelbar bevorstehen. Hierbei wird der deutsch-österreichische Staat voraussichtlich aus den alten innerösterreichischen Provinzen Ober- und Niederösterreich, Steiermark, Salzburg, Nord- und Mitteltirol, Kärnten und den deutschen Teilen Böhmens bestehen. Der tschechische Staat wird sich aus Böhmen und Teilen von Mähren zusammensetzen, während die deutschen Teile Mährens, besonders das nördliche und das südliche Mähren, Westschlesien und Teile von Ostgalizien zum deutsch-österreichischen Staat geschlagen werden. Der illyrische Staat soll die slavischen Teile der Steiermark, Krain, das Küstenland mit Ausnahme von Triest und Dalmatien umfassen. Aus Ostgalizien soll das Kaiserthum Galizien gegründet werden, so benannt nach der Stadt Halicz, die einst Hauptstadt des ukrainischen Staates gewesen ist. Die polnischen Gebiete Oesterreichs, das ist Westgalizien und Teile von Ostgalizien sollen zum Königreich Polen geschlagen werden. Das Schicksal Südtirols ist noch nicht entschieden, während Triest, das heizumstrittene, reichsmittelbare Stadt werden soll. Unsere Völkertafel von Oesterreich-Ungarn gibt einen Ueberblick von den bevorstehenden Umgestaltungen.

Die Abtastung der Hochseeflotte werde nicht für unbedingt notwendig gehalten. Frankreich bestrebe auf Räumung von Elsaß-Lothringen als Bedingung für einen Waffenstillstand. Obwohl zwischen Washington, London und Paris einige Meinungsverschiedenheiten beständen, seien doch Anzeichen dafür vorhanden, daß man sich über die Hauptpunkte einigte.

Wichtige Entscheidungen in Ungarn.

Der Rücktritt Weterles.

Budapest, 24. Okt.

Als Nachfolger Dr. Weterles, der gestern dem König die Demission des Kabinetts unterbreitete, gilt Graf Michael Karolvi, der, falls er die Kabinettsbildung durchzuführen sollte, an die Spitze einer Friedensregierung treten dürfte. Graf Karolvi wird heute vom König in Audienz empfangen werden. — In der Wohnung des Grafen Karolvi fanden gestern vertrauliche Beratungen statt, an denen hauptsächlich Vertreter der radikalen politischen Elemente sich beteiligten. Die Konferenz beschloß die Bildung eines ungarischen Nationalrats. — Wie schon gemeldet, hat Graf Karolvi dieser Tage eine Rundgebung für den Frieden und für die Unabhängigkeit Ungarns erlassen. Er beabsichtigt, dem König den Wunsch vorzutragen, daß der König im großen Saale des ungarischen Reichstages erscheine und dort öffentlich und feierlich die Unabhängigkeit Ungarns proklamiere.

Als der eigentliche Grund des Rücktritts des Kabinetts Weterle werden in unterrichteten parlamentarischen Kreisen Tatsachen militärischer Natur sowie die schweren Unruhen angegeben, die sich vorgestern in Fiume sowie in anderen Teilen Kroatiens zugetragen haben.

Der neue Staat Deutsch-Osterreich.

Der Vollzugsausschuß der deutsch-österreichischen Nationalversammlung hat dem deutschen Botschafter in Wien, Grafen Wedel, einen Besuch abgestattet, um ihm die Konstituierung des deutsch-österreichischen Staates anzuzeigen und ihn zu bitten, der kaiserlichen Regierung hiervon Mitteilung zu machen. Reichsratsabgeordneter Seitz hielt dabei eine Ansprache, die vom Grafen Wedel erwidert wurde.

Ein Aufruf Hindenburgs.

Berlin, 25. Okt. Hindenburg hat dem Reichskanzler, wie der kommandierende General in Berlin durch Maueranschlag bekanntmachen läßt, folgendes Telegramm geschickt:

Das Angebot an Wilson

Es kein Zeichen deutscher Schwäche. Die deutsche Front wird standhalten, wenn der Feinde Verzögerungswille die dargereichte Friedenshand zurückweist. Untere eines Bundesgenossen darf keine Breche schlagen in unsere Einheitsfront. Der Erfolg der 9. Kriegsanleihe sei ein Beweis für des deutschen Volkes eisernen Willen, sich zu behaupten.

faßt: „Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feinde und neutrales Ausland sind im Begriff, in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudig alles setzt an seine Ehre. Demgegenüber muß eine vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig werden und deutlich erkennbar in Erscheinung treten. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu Zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Uebermacht zu trotzen, nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch. Ueberall muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: ehrenvoller Frieden oder Kampf bis zum äußersten. Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere genialen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allseitig bewährter Bundestreue und die unerschütterliche Zuversicht auf des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinübergeleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren.“

Rein wahres Wort.

Berlin, 25. Okt. An den Gerüchten, daß 15000 Mann deutsche Truppen, hauptsächlich Marinegruppen, über die holländische Grenze getreten seien, ist kein wahres Wort.

Zur Neuordnung in Sachsen.

Dresden, 24. Okt. Die Bildung eines Staatsrates bildete den Gegenstand einer Besprechung, die heute vormittag zwischen der Staatsregierung und den Vertretern der Mehrheitsparteien der Zweiten Ständekammer im Ständehause stattfand. An der Besprechung nahmen teil: Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt und Ministerialdirektor Geheimrat Dr. Schmitt als Vertreter des Ministeriums, ferner Präsident Dr. Vogel und die Landtagsabgeordneten Dr. Nießhammer, Dr. Senfert und Nischke (Leipzig-Leusch) von der nationalliberalen Fraktion, die Abgeordneten Günther und Brodau von der fortschrittlichen Fraktion und die Abgeordneten Frähdorf und Sindermann von der sozialdemokratischen Fraktion. Die Konservativen waren nicht vertreten.

Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt hielt eine Ansprache, in der er mitteilte, daß die Regierung die Absicht habe, einen erweiterten Staatsrat zu bilden, der die Frage der Neuordnung vorbereiten soll. In Aussicht genommen sei die Bildung eines Arbeitsministeriums, eines Verkehrsministeriums, sowie eine Lösung der Unterrichtsverwaltung vom Kultusministerium. Der Staatsrat soll sich schlüssig machen über die Befehung der neuen Ministerien, über die Ueberleitung der Geschäfte, sowie über etwaige Verfassungsänderungen, die damit zusammenhängen. Nach Erledigung seiner Aufgaben soll sich der Staatsrat wieder auflösen. Ueber diese Fragen wurde ein Einvernehmen der Regierung mit den Führern der Mehrheitsparteien erzielt. Der Staatsrat soll noch vor dem Zusammentritt des Landtages gebildet werden.

Bezüglich der Teilung der Ministerien erfahren wir noch, daß ein Arbeitsministerium vom Ministerium des Innern abgetrennt werden soll, dessen Leiter Vizepräsident Frähdorf werden dürfte. Staatsminister Graf Vitzthum von Eckstädt wird voraussichtlich das Ministerium des Innern abtreten und bei Posten eines Ministerpräsidenten, sowie das Ministerium des Auswärtigen übernehmen. Als sein Nachfolger wird Geheimrat Koch genannt. Vom Finanzministerium dürfte ein selbständiges Verkehrsministerium abgetrennt werden, als dessen Leiter der stellvertretende Generaldirektor der Kgl. Sächs. Staatseisenbahnen, Geheimrat Maettig, in Aussicht genommen ist. Endgültige Beschlüsse sind noch nicht gefaßt.

Die Fraktionen der Mehrheitsparteien werden morgen zusammentreten, um den Bericht über die heutige Sitzung entgegenzunehmen und hierüber Beschlüsse zu fassen. Am Freitag nachmittag 4 Uhr findet wieder eine Zusammenkunft der Vertreter der Staatsregierung und der Mehrheitsparteien statt, in der endgültige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Beteiligung des gesamten Webwarenkleinhandels an der Bewirtschaftung des Reichsleiderlagers 31 Chemnitz.

Am 27. Juni 1918 erfolgte auf Veranlassung der Reichsbewirtschaftsstelle mit Unterstützung der Handelskammer Chemnitz die Gründung der Kleiderverforgungs-Genossenschaft für den Bezirk der Handelskammer Chemnitz e. G. m. b. H. Die Genossenschaft ist Trägerin des Reichsleiderlagers Nr. 31 Chemnitz. Mitglieder dieser Kleiderverforgungs-Genossenschaft sollten zunächst lediglich die Inhaber eingetragener Firmen, die mit Männer- und Knabenkleidern handeln und solche Gemischtwarengeschäfte, welche nachweislich 1/3 ihres gesamten Umsatzes in Männer- und Knabenkleidung erzielt haben, werden können, da dem Kleiderlager vorläufig nur Männerkleider zugeführt werden sollten. Die übrigen Branchen sollten später als selbständige Abteilungen angegliedert werden, wenn die fraglichen Waren ebenfalls dem Kleiderlager zugeführt werden. Rechtsfähige Gesellschaften, wenn sie den vorgenannten Bedingungen entsprechen, sowie zu Verbänden zusammengeschlossene nicht handelsgerichtlich eingetragene Geschäfte, welche letztere aber nicht Erbdöler, Hausierer oder Monatsgarderobengeschäfte sein dürfen, können gleichfalls aufgenommen werden.

Die Beschlagnahme der Sonnenvorhänge, sowie die Wahrscheinlichkeit, daß durch die Reichsleiderlager weitere Waren gehen werden, läßt es erwünscht erscheinen, daß sämtliche Interessenten des Webwarenkleinhandels (die Manufakturwaren-, Wäsche- und Bekleidungs-Genossenschaft) ergreifen und der Kleiderverforgungs-Genossenschaft für den Bezirk der Handelskammer Chemnitz als Genossen beitreten, damit sie den Vorteilen, welche ihnen durch die Beteiligung an der Bewirtschaftung des Reichsleiderlagers Nr. 31 Chemnitz in Aussicht stehen, teilhaftig werden.

Es wird angestrebt, die Kleiderverforgungs-Genossenschaft für den Bezirk der Handelskammer Chemnitz auf der Basis des gesamten Webwarenkleinhandels neu aufzubauen. Der Wert eines Genossenschaftsanteils beträgt M. 1000. —, von denen wenigstens 25% sofort zu entrichten sind. Am Dienstag, den 29. Oktober 1918, nachmittags 3 Uhr, soll zu diesem Zweck im Sitzungssaal der Handelskammer eine Versammlung stattfinden, wo das Weitere festgesetzt werden soll.

Die Handelskammer Chemnitz ladet zu dieser Versammlung hierdurch sämtliche Interessenten des Webwarenkleinhandels des Handelskammerbezirks ein und empfiehlt regste Beteiligung im eigenen Interesse.

Aus Heimat und Vaterland.

Zwönitz, den 26. Oktober 1918.

Unsere Schuld. Wenn man vor kurzem die deutschen Zeitungen in die Hand nahm, konnte man glauben, wir lebten nicht in einem Krieg gegen die halbe Welt, sondern in einem Bürgerkrieg. Wir haben unter ewiger Kritikelei an den wirtschaftlichen Einrichtungen unseren Willen zur Selbsterhaltung so geschwächt, daß der Feind einen Erfolg erringen konnte, der ihm sonst ver sagt geblieben wäre. Jetzt muß in jedem Deutschen die Erkenntnis der ersten Stunde geweckt werden. Der Feind ist willens, in unsere Heimat einzubrechen. Das wird ihm aber nie gelingen, wenn wir die durch die Wirksamkeit feindlicher Agenten zersplitterten Kräfte unseres Deutschtums sammeln. Noch sind wir imstande, großes Unheil zu verhüten. Handeln wir danach und bezeugen wir auch unseren Soldaten, daß wir ihnen die verdiente Achtung nicht versagen. Da der Krieger heute nicht mehr soviel Liebesgaben wie früher

erhalten kann, so muß er dafür täglich fühlen, daß seine Treue durch Treue vergolten wird.

Kirchliches. Der für das Reformationsfest geplante Familienabend zur Feier des 50jährigen Bestehens des Kirchenverbandes muß infolge der amtschulmännlichen Verordnung bis auf weiteres verschoben werden.

Die Zigarren werden billiger! In den letzten Wochen haben jene Händlerkreise, die bedeutende Zigarren- und Zigarettenmengen gestapelt hatten, um sie zu wucherischen Preisen abzugeben, ihre Lager anscheinend stoßweise zu räumen begonnen. Dabei hat sich dann auch ein allmählich einsetzender Preisabbau für Zigarren und Zigaretten im Großhandel bemerkbar gemacht. Auch an die Verbraucher werden verschiedentlich Zigarren wieder listenweise abgegeben. Die Tabakzufuhren von Holland werden voraussichtlich bereits in nächster Zeit wieder aufgenommen werden können, da die holländischen Verhandlungen wegen Vereinnahmung von Ueberreifeabaten anscheinend von Erfolg begleitet sind. Es wird weiter damit gerechnet, daß auch die Seeresverwaltung größere Mengen der beschlagnahmten Tabakvorräte wieder freigeben wird, so daß größere Mengen in den freien Handel gelangen.

Kartoffelversorgung. In vielen Kreisen der Bevölkerung wird Klage darüber geführt, daß die Landwirte keine Kartoffeln auf Landeskartoffelkarte abgeben wollen, wozu sie nach Meinung vieler verpflichtet seien. Diese Ansicht ist irrig, die Landwirte sind nicht gezwungen, selbstgebaute Kartoffeln auf Landeskartoffelkarte zu verkaufen. Sie haben aber selbst ein Interesse daran, solche Kartoffeln, die sie nicht für den eigenen Bedarf behalten dürfen, den Verbrauchern auf Landeskarte zu verkaufen, weil sie diese Mengen sonst an den Kommunalverband abliefern müßten, und zwar zu einem Höchstpreis von 6 M., während für die Abgabe auf Landeskarte zur Zeit beinahe ein Höchstpreis von 7 M. (zuzüglich Kilometergebühr) gilt. Der Landwirt wird also den verfügbaren Vorrat gern zu diesem Preis auf Landeskarte verkaufen. In unserem Bezirk ist es aber leider erklärlich, daß zahlreiche Landwirte infolge der wenig günstigen Kartoffelernte in diesem Jahre ihre Kartoffeln nicht entbehren können. — Der Kommunalverband wird durch Bestandsaufnahme feststellen, wieviel jeder Erzeuger abliefern muß. — Wer auf Landeskartoffelkarte keine Kartoffeln erhält, muß die einzelnen Zentnerabschnitte gegen Wochenkarten der Gemeinde umtauschen, welche damit die Versorgung aus ihren eigenen Beständen übernimmt. Der Verbraucher kann zwar verlangen, daß er höchstens 7 Pfund auf den Kopf erhält, er hat aber keinen Anspruch auf die zentnerweise Belieferung seiner Landeskarte. Diese Bestimmungen gelten für ganz Sachsen.

Kapitalabfindung für Kriegsbeschädigte. Wohl eines der bedeutendsten, für die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands wichtigsten Gesetze ist das Kapitalabfindungsgesetz vom Juli 1916 mit seinen beiden Ergänzungsgesetzen vom Juli 1918. Durch dieses Gesetz wird Kriegsbeschädigten oder Kriegshinterbliebenen die Möglichkeit gewährt, sich unter bestimmten Voraussetzungen Geld zu beschaffen, um die Ansiedlung oder die Besitzfestigung auf eigenem Grund und Boden zu fördern; es können hiernach z. T. ganz beträchtliche Summen flüssig gemacht werden. Maßgebend ist insbesondere das Alter des Antragstellers, der mit der Bewilligung der Abfindung auf seine Zulagen oder einen Teil derselben verzichten muß. Als solche absetzbare Rentenanteile kommen die Kriegszulage und die Verfümmelungszulage, nicht aber die Rente in Betracht. Die verfügbaren Beträge schwanken für die Kriegszulage zwischen 1485 und 3330 M., für die Verfümmelungszulage zwischen 2673 und 5991 M., bei der Witwe eines Gefallenen je nach seinem Dienstgrad zwischen 1650 und 5550 M. Wie die Seeresverwaltung in der Reichstagsitzung vom 22. Juni 1918 mitteilte, haben bereits viele Tausende von Kriegsbeschädigten und Kriegervitwen die Abfindung beantragt und auch bewilligt erhalten.

Aue. Die neue Landwirtschaftliche Schule hier ist vorgestern eröffnet worden. Der Feier wohnten Geh. Rat Prof. Dr. Roth für das Agl. Ministerium

des Innern und Oberregierungsrat Jahr vom der Kreis-hauptmannschaft Zwickau bei.

Chemnitz. (Das außergewöhnliche Anwachsen des Gesamtsteuerbedarfes der Stadt Chemnitz) und das Steigen der Steuerkraft ihrer Einwohner hat eine unverhältnismäßige Steigerung der Grundsteuer gegenüber der Einkommensteuer zur Folge gehabt. Um dieses Mißverhältnis einigermaßen abzumildern, hat der Rat der Stadt in seiner letzten Sitzung eine Änderung der hiesigen Steuerordnung beschlossen. Weiter wurde in der gleichen Sitzung beschlossen, die Kur- und Verpflegungskosten für die hiesigen Krankenanstalten vom 1. Januar 1919 ab zu erhöhen. — (Die Verteilung der Industriepende) in Höhe von 19000 M. für Kinderfürsorge erfolgte an den Verein Kleinkinderbewahranstalt, an den Verein der Kinderfreunde, an den Verein zu Rat und Tat, an den Frauenverein „Krippe“, an das römisch-katholische Pfarramt 1, an die Vereinigung für Jugendfürsorge und an die Gemeinden Niederhermersdorf und Rottluff; für die letzteren für ihre neu zu gründenden Jugendheime.

Zöbau. (Gegen die Bevorzugung der Großstädte) in der Lebensmittelversorgung zuungunsten der Kleinstädte wird sich auf Anregung des Stadtgemeinderates der Stadtrat mit einer Eingabe an das Lebensmittelamt wenden. Den Anlaß hierzu soll der Beschluß des Rates zu Leipzig gegeben haben, die fleischlosen Wochen, die besonders von der großstädtischen Bevölkerung hart empfunden werden, aufzuheben.

Plauen i. Vogtl. (Eine Lohnbewegung unter den Bäcker-gesellen) hat sich hier entwickelt. Die Gesellen verlangen für sich 10 Stunden und für die Lehrlinge 9 Stunden Arbeitszeit. Für Wechselzeit soll die Arbeitszeit 8 Stunden einschließlich der Essenspausen betragen. Als Mindestlohn für Gesellen sollen im ersten Jahre 41 Mark und im zweiten Jahre 45 Mark für die Woche gefordert werden. Für Kost und Logis werden 20 Mark in Abzug gebracht.

Lichtenstein-Callenberg. (Ein vernünftiger Beschluß.) Der Kirchenvorstand zu Lichtenstein hat mit dem Klassenwesen bei kirchlichen Amtshandlungen ein für allemal aufgeräumt. Trauungen und Begräbnisse „erster Klasse“ gibt es vom 1. Januar 1919 an nicht mehr. Es gibt keine „bornahme“ Beerdigungszeit mehr, keine Trauung durchs Haupttor oder durchs Seitentor; die Friedhofstafel wird bei allen Beerdigungen zur Verfügung gestellt, wo eine Feier im geschlossenen Raum angemessen erscheint, es wird zu allen Amtshandlungen geläutet, es gibt für alle öffentlichen Amtshandlungen nur eine Gebühr; Unbemittelten wird sie ermäßigt.

Leipzig. (Eine Erhöhung der Verkaufspreise für Fleisch und Wurst) um durchschnittlich 10 Prozent fordert in einer Eingabe an die sächsische Landesfleischstelle in Dresden und an das Kriegsernährungsamt der Stadt Leipzig die Leipziger Fleischerinnung. Begründet wird das Verlangen mit den geringen Verdienstsätzen der Fleischer, durch die kaum noch die Geschäftskosten gedeckt würden. Eine Verschlechterung hätten die Verhältnisse dann noch durch die Einführung der fleischlosen Wochen erfahren.

(Maximilian Harden) spricht nächsten Sonntag in der Altherhalle. Auf Wunsch des auswärtigen Amtes wird er den kürzlich in Berlin gehaltenen Vortrag wiederholen.

Kirchennachrichten für Zwönitz.
Am 22. Sonntage n. Drfl. Predigt über Philipp 1, 3-11.
Nachmittags 4 Uhr (nicht 5 Uhr) Eröffnungsgottesdienst des Konfirmanden-Unterrichts.
Der amtliche Tagesbericht war bis zu Beginn des Druckes noch nicht eingegangen.

Hat es denn noch Zweck,

besteht denn heute noch eine Notwendigkeit, Kriegs-anleihe zu zeichnen?

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Wer will, daß es zum Frieden kommt, der zeichne nach seinem besten Vermögen. Und wer will, daß der Frieden möglichst gut wird, der zeichne erst recht Kriegs-anleihe.

Ein großer Erfolg der Kriegs-anleihe wird im Innern des Landes das Vertrauen befestigen, nach außen unser Ansehen erhöhen, und die Hoffnungen der Feinde auf einen finanziellen Zusammenbruch Deutschlands widerlegen,

dem Reich die Mittel zur Fortführung des Kampfes, falls es notwendig werden sollte, gewähren, und für den Fall, daß es zum Frieden kommt, die Ueberführung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse auf den Friedensfuß erleichtern.

Dank.

Für die zahlreichen Beweise liebevoller Anteilnahme beim Heimgange unseres teuren, unvergeßlichen Entschlafenen, des Kanoniers

Emil Otto Günther

sagen wir unseren tiefgefühltesten Dank. Besonderer Dank gebührt der werten Familie Richard Trommler, hier.

Dir aber teuren, für uns viel zu früh Entschlafenen, rufen wir ein „Habe Dank!“ und „Ruhe sanft!“ in deine kühle Gruft nach.

Niederzönitz und England, im Oktober 1918

Gustav Günther und Frau nebst Geschwister.

Ach! flüchtig Glück, den Sterblichen beschieden,
Du eilst dahin, auch uns bist du entflohn;
Tief trauern um Sohn und Bruder wir hinieden,
Zu frühe trug man dich zu Grabe schon.
Du Guter warst der Eltern Freude,
Du vielgeliebter, hoffnungsvoller Sohn,
Ganz unerwartet trat der Tod an deine Seite
Und führte früh dich zu des Ew'gen Thron.

Todes- und Beerdigungsanzeige.

Freitag abends 6 Uhr verschied nach langem, schwerem, in Geduld getragenen Leiden unsere liebe, gute, unvergeßliche Tochter, Schwester, Schwägerin, Tante und Nichte, die Jungfrau

Hedwig Elisabeth Leistner

in ihrem 16. Lebensjahre.

In tiefer Wehmut zeigen dies schmerz erfüllt an

Zwönitz, Löbau, Scheibenberg u. Chemnitz,
den 26. Oktober 1918

Die tieftrauernde Familie Leistner nebst Angehörigen.

Die Beerdigung unserer lieben Entschlafenen findet Montag mittags 1 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Aräftiges, sauberes
Schulmädchen
als Aufwartung gesucht.

Wo? sagt die Geschäftsstelle des Blattes.

Abwaschbaren Tischbelag

Wachstuch- u. Leder-Erfaß.
Für Gasthausstische, Ladentische, Küchentische, Aufwachtische usw.

Wachstuch

dunkelblau mit weißen Tupfen, zur Anfertigung von Frauen- und Kinderschürzen.

Franz Wolf,

Stollberg,
Herrenstraße.

2 eiserne Ofen

zu verkaufen.

Bei wem? sagt die Geschäftsstelle des Bl.

Zur Beerdigung unseres Schützenbruders

Gustav Kaufmann

Sammeln der Mitglieder Sonntag nachmittags 1/2 2 Uhr bei Otto Laube.

Freihandshiebsgesellschaft
Zwönitz u. Niederzönitz.

Nach kurzen Leiden verschied Freitag abends 9 Uhr unsere herzengute Tochter und Schwester,

Jungfrau

Ella Naumann

im blühenden Alter von 19 Jahren.

Zwönitz, den 26. Oktober 1918.

In großem Schmerze

Familie

Max Naumann.

Die Beerdigung unserer teuren Entschlafenen erfolgt Montag mittags 12 Uhr von der Beerdigung aus.

40—50

Arbeiterinnen

sucht zum sofortigen Antritt

Paul Schmiedrich,
Metallwarenfabrik,
Beierfeld i. Sa.

Fabrik Nähe Bahnhof
Beierfeld.

25—30

Arbeiter

und

Arbeiterinnen

werden für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Robert Ehrhardt,
Schuh- und Lederwarenfabrik.

Leere Arzneiflaschen

kauft

Löwenapotheke.

Städtische Sparkasse Löbnitz i. Grz.

Geschäftszeit alltäglich von 8—1 und 3—5 Uhr, tags vor Sonn- und Festtagen ununterbrochen von 8—3 Uhr. Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 3 1/2 %. Telefon Nr. 47. Amt. Aue. Postfachkonto Leipzig Nr. 11910 und Gemeinde-Verbands-Girokonto Löbnitz Nr. 1. Die Sparkasse übernimmt kostenlos Wertpapiere insbesondere Kriegsanleihepapiere in sichere Verwahrung und Verwahrung, vermicelt auch feuer- und diebstahlsicher unter Mitversicherung des Mieters gegen 3 Mark Jahresgebühr.

Jede Hausfrau besichtige vor Anschaffung eines Konservenglasöffners

erst den alle Öffner übertreffenden, jede Glasgröße und Form spielend leicht öffnenden Schlingmann Konservenglasöffner „Gummischützer“. Er hat keine Stech- und Schneidfläche, beschädigt deshalb nie Gummiring und Glas.

Erhältlich in Nieder-Zwönitz nur bei

Emil Stiehler.

Nachlaß-Auktion.

Nächsten Montag, den 28. Oktober von vormittags 9 Uhr ab, sollen die Nachlaßgegenstände des verstorbenen Otto Hahn in Zwönitz, Kühnhaider Straße 107, als:

1 Ottomane, 1 Sofa, 1 Vertiko, 1 runder Tisch, 1 Nähmaschine, 2 Matratzen, sowie noch viele verschiedene Haus- und Wirtschaftsgegenstände meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Zwönitz, 26. Oktober 1918.

R. Walther,
Ortsrichter.

Schlachtpferde

kauft stets zu höchsten Preisen die älteste

Meihschlächterei

Chemnitz, Oststraße 17,

Franklin Hoffmann, Telefon 6969.

Bei Notischlachtungen sofort zur Stelle.

Einige Strickerinnen

werden für sofort an neue Maschinen gef. Ich gebe auch die Masch. ins Haus.
Otto Hauck, N.-Zwönitz.

1. Wie entferne ich den beißenden Tabakgeschmack? zugleich Anleitung. Weizen. 21.-30. Tausend.

2. Selbstherst. v. Zigarren, Zigaretten, Kautabak, 12.-17. Tausend.

3. Verarbeitung d. Tabakpflanzgen zu Pfeifentabak 51.-60.

Leichte Anleitungen, jede 90 Pfg.

Reize für Tabak und Erfaß

(ähnl. Parinasgeschm.) leicht M. 1.90, mitt. M. 2.50, stark M. 2.90.

Jede Pack. reicht f. 5 Pfd. Tabak.

Alle Preise zuzügl. 20 %.

G. Weller, Nösrath (Hild.)

Ein echter

Schildpatthaarpfeil

ist gestern nachmittag auf dem Wege zum Bahnhof verloren gegangen. Gegen Belohnung abzugeben bei Frau Fabrikbesitzer Ch. Arnold, Bahnhofstraße.

Ein rot-weißer

Schwanz-Tauber

verloren, gegen Belohnung abzugeben im Gasthaus zum Schiff.

2492

2491

2490

2489

2488

2487

2486

2485

2484

2483

2482

2481

2480

2479

2478

2477

2476

2475

2474

2473

2472

2471

2470

2469

2468

2467

2466

2465

2464

2463

2462

2461

2460

2459

2458

2457

2456

2455

2454

2453

2452

2451

2450

2449

2448

2447

2446

2445

2444

2443

2442

2441

2440

2439

2438

2437

2436

2435

2434

2433

2432

2431

2430

2429

2428

2427

2426

2425

2424

2423

2422

2421

2420

2419

2418

2417

2416

2415

2414

2413

2412

2411

2410

2409

2408

2407

2406

2405

2404

2403

2402

2401

2400

2399

2398

2397

2396

2395

2394

2393

2392

2391

2390

2389

2388

2387

2386

2385

2384

2383

2382

2381

2380

2379

2378

2377

2376

2375

2374

2373

2372

2371

2370

2369

2368

2367

2366

2365

2364

2363

2362

2361

2360

2359

2358

2357

2356

2355

2354

2353

2352

2351

2350

2349

2348

2347

2346

2345

2344

2343

2342

2341

2340

2339

2338

2337

2336

2335

2334

2333

2332

2331

2330

2329

2328

2327

2326

2325

2324

2323

2322

2321

2320

2319

2318

2317

2316